

Stellungnahme des Zukunftsrates Hamburg zur Corona-Krise

Der Zukunftsrat Hamburg hat im Rahmen einer Videokonferenz des Koordinierungskreises am 2. April erste Ansätze für politische Konsequenzen aus Corona-Krise nicht nur für Hamburg diskutiert. Ein wesentliches Fazit: die Corona-Krise bedeutet eine einschneidende Zäsur für Gesellschaft und Politik: nach erfolgreicher Bekämpfung der akuten Krise darf es keine einfache Rückkehr zur "Normalität", kein 'Weiter-So' wie vor der Krise geben!

Dazu stellen wir folgendes fest:

1. Es bedarf einer grundlegenden Schwachstellen-Analyse von Reaktionen, Erfahrungen und Erkenntnissen über den Krisenzeitraum, um zur Ausarbeitung einer Nach-Corona-Strategie zu kommen. Jedoch wird bereits heute sichtbar, dass eine konsequente nachhaltige Zukunftsstrategie für Wirtschaft und Gesellschaft orientiert an den Nachhaltigkeitszielen der UN wichtiger denn je ist.

2. Während einerseits negative Auswirkungen in Wirtschaft und Arbeitswelt, in Gesundheits- und Pflegebereichen sowie im Bildungssektor zutage traten, gab es herausragende Beispiele von persönlicher und sozialer Solidarität, die es zukünftig zu stärken gilt. Sichtbar wurde auch, wie bedeutsam Wohnraum als unverzichtbares Lebensmittel ist und eben kein immobiles Spekulationsobjekt. Ebenso trat begründetes und kompetentes Wissen als politische Handlungsorientierung erfreulicherweise viel stärker in den Vordergrund als rechtspopulistische Fake-News.

3. Wir erwarten von Koalitionsgesprächen und der Politik des zukünftigen Senats konsequente Zukunftskonzepte als eine Nach-Corona-Strategie. Dazu gehören exemplarisch: eine alle Politikbereiche umfassende Klimapolitik, Aufbau und Stärkung einer am Gemeinwohl orientierte Realwirtschaft, Abbau sozialer Benachteiligung in Wirtschaft, Gesellschaft und Bildung, Aufbau einer sinnvollen und anwenderfreundlichen Digitalisierung bei Bildung, Arbeit und sozialer Kommunikation, Überprüfung und Korrektur von Schwachpunkten der 'Globalisierung', Stärkung von lokalen und regionalen Strukturen.

Zu guter Letzt:

Die Corona-Krise muss nicht nur von Politik und Staat, sondern von der gesamten Gesellschaft bewältigt werden!

Dies bedeutet für die Zukunft:

Eine Nach-Corona-Strategie erfordert deshalb insbesondere eine bedeutsame Erweiterung der Demokratie - mit umfassender Bürgerbeteiligung und Einbeziehen der Kompetenz und der Lebenserfahrung der gesamten Gesellschaft.

In diesem Sinne sollten wir wesentlich mehr Demokratie wagen!